

Öffentlichkeit und Selbstkontrolle: die Rolle der Experten ; Festrede des Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung zur 20-Jahre-Feier von ZUMA am 5. 10. 1994

Neidhardt, Friedhelm

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Neidhardt, F. (1994). Öffentlichkeit und Selbstkontrolle: die Rolle der Experten ; Festrede des Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung zur 20-Jahre-Feier von ZUMA am 5. 10. 1994. *ZUMA Nachrichten*, 18(35), 18-27. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-209001>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ÖFFENTLICHKEIT UND SELBSTKONTROLLE: DIE ROLLE DER EXPERTEN

FESTREDE DES PRÄSIDENTEN DES WISSENSCHAFTSZENTRUMS

BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG, FRIEDHELM NEIDHARDT

Wann immer wir reden oder schreiben, können wir nicht sicher sein, daß wir keine Fehler machen. Wir überfolgern das, was wir wissen; wir berufen uns auf Evidenzen, die zweifelhaft sind; wir übersehen Daten, die unseren Behauptungen widersprechen; wir benutzen schiefe Metaphern und hinkende Analogien, um uns selber und anderen das zu plausibilisieren, was wir für richtig halten - und immer wieder ist der Wunsch der Vater des Gedankens.

Sowohl die Menge der Fehler, die auf diese Weise zustande kommen, als auch das Ausmaß der Wirkungen, die diesen Fehlern folgen, schwanken allerdings in Abhängigkeit von den Kontexten, in denen wir reden oder schreiben. Ein Beispiel: Auch wenn die Wissenschaft nur sehr unvollkommen das darstellt, was Robert Merton sich von ihr wünscht, nämlich "organized skepticism" zu sein (Merton 1972), merkt man als Wissenschaftler doch, daß man vor Kollegen kontrollierter redet als vor den Nachbarn und vor Kollegen im Seminar kontrollierter als am Stammtisch. Die Aussicht auf kompetente und verbindliche Kritik reduziert die Fehlermenge, die man sich erlaubt, und die Bestandsfähigkeit der Fehler, die man dennoch macht, sinkt mit dem tatsächlichen Funktionieren kompetenter und verbindlicher Kritik.

Ich gehe im folgenden davon aus, daß dieser Zusammenhang Erklärungen liefert für einen Sachverhalt, den ich glaube, behaupten zu können. Er betrifft jenen Kontext "Öffentlichkeit", dem wir alle über Presse, Funk und Fernsehen täglich zugeschaltet sind. Meine These: Das Forum der durch Massenmedien konstituierten Öffentlichkeit bildet einen Kontext, der relativ viele Fehler erlaubt und dann auch tatsächlich produziert. Deutet man die Fehlerhäufigkeit als einen Indikator für den Rationalitätsgrad von Kommunikationen, so läßt sich die Behauptung auch zu der These formulieren: Die Rationalitätsdefizite öffentlicher Kommunikationen erscheinen als relativ hoch.

Diese Aussage ist anfällig für Mißverständnisse, die ich vermeiden möchte. Die kritische Feststellung von Rationalitätsdefiziten bezieht sich nicht auf die rhetorischen Manöver, die den öffentlichen Streit begleiten und die eher mit den Maßstäben von Kunst als von Wissenschaft zu

messen sind; sie bezieht sich auch nicht auf die normativen Elemente von Meinungsverschiedenheiten, die durch unterschiedliche Wertbindungen hervorgerufen und stabilisiert werden. Öffentlichkeit ist der legitime und für Demokratien unaufgebbare gesellschaftliche Ort, an dem solche Meinungsverschiedenheiten mit den Überzeugungstechniken der Rhetorik ausgetragen werden. Es geht nicht um die Vermeidung derart inszenierter Meinungsverschiedenheiten sondern um deren Qualifizierung. Der Anspruch auf Rationalität, der dabei gemeint sein darf, bezieht sich auf die empirische Evidenz von Behauptungen und auf die logische Stringenz der Folgerungen, die mit Behauptungen verbunden werden. Gemeint sind jene Verstöße gegen "sound argumentation", die zum Beispiel Howard Kahane vor einiger Zeit nicht nur aufgezählt sondern auch in Kommentaren und Nachrichten amerikanischer Zeitungen zahlreich aufgewiesen hat: suppressed and doubtful evidence, straw man- und false dilemma-arguments, hasty conclusions, questionable analogies etc. (Kahane 1971). Unterhalb der in den letzten Jahrzehnten hochgezogenen wissenschaftstheoretischen Kontroversen über die Relativität der Erkenntnis und die Unfaßbarkeit von Wahrheit geht es um einen Typus prinzipiell vermeidbarer Fehler, die gleichzeitig erkenntnistheoretisch trivial und handlungsspraktisch folgenreich erscheinen: um das, was Kriminalitätsstatistiken messen und nicht messen, in welchem Maße die Stasi-Akten der sogenannten Gauck-Behörde zuverlässig sind, welche Effekte unter welchen Zusatzbedingungen von einem bestimmten Tempolimit auf den Autobahnen ausgehen, was die Treuhand tat und nicht tat, ob die Ausländerfeindlichkeit hierzulande steigt oder nicht steigt. Hierzu und zu vielem sonst hat die öffentliche Diskussion Verwirrung gestiftet, Sachverhalte verdrängt und verzerrt, unhaltbare Schuldzuweisungen erzeugt und wenig fundierte Folgerungen ausgelöst.

Wenn diese Diagnose richtig ist, stellt sich die Frage, welche elementaren Merkmale von Öffentlichkeit eine relativ hohe Fehlerwahrscheinlichkeit öffentlicher Meinungsbildungen mit sich bringen und unter welchen zusätzlichen Bedingungen diese mehr oder weniger ausgeprägt erscheint. Dazu einige grundsätzliche Anmerkungen über das Funktionssystem Öffentlichkeit, speziell über seine Schwierigkeiten zur Selbstkontrolle (Neidhardt 1994b).

Öffentlichkeit ist ein freies Kommunikationsfeld, im Prinzip offen für alle, die etwas sagen oder das, was andere sagen, hören wollen. Eine soziale Bestimmung erfährt dieses Feld dann, wenn bestimmte Akteure in dieses Feld eintreten und miteinander interagieren. Für ein Grundmodell moderner Öffentlichkeit ist es hinreichend, drei Akteursklassen voneinander zu unterscheiden: einerseits Sprecher, die zu bestimmten Themen Nachrichten und Meinungen eingeben, andererseits Kommunikatoren, die diese Eingaben filtern, bearbeiten und weitergeben, heutzutage vor allem die Massenmedien, und schließlich das Publikum, das sich den vermittelten Informationen und Meinungen zuwendet. Die Besonderheiten öffentlicher Kommunikation ergeben sich aus der Verfassung und dem Zusammenspiel dieser drei Akteursgruppen. Dabei erscheint folgendes im Hinblick auf Fragen der Selbstkontrollfähigkeit von Öffentlichkeit als wichtig.

(1) Die bestimmende Bezugsgruppe öffentlicher Kommunikation ist das Publikum. Sprecher und Medien konkurrieren um Aufmerksamkeit und Zustimmung einer Allgemeinheit, aus der sich von Fall zu Fall eine mehr oder weniger große Untermenge herauslöst und den Themen und Meinungen zuwendet, die ihr vermittelt werden, eben das Publikum. In kapitalistisch verfaßten Demokratien wird der Einfluß des Publikums dadurch entscheidend, daß das Publikum als Elektorat und Kundschaft von Sprechern und Medien umworben und gewonnen werden muß. Im Hinblick auf die Rationalitätsgehalte öffentlicher Kommunikation erscheint aber die Kontrolle, die das Publikum ausübt, aus mehreren Gründen als deutlich begrenzt. In dem Maße, in dem das Publikum von den Inhalten öffentlich vermittelter Kommunikationen eher Unterhaltung als Informationen erwartet, besitzt es eine außerordentliche Fehlertoleranz. Wenn etwas erregen oder Spaß machen soll, kommt es nicht so sehr darauf an, ob es auch stimmt. Hinzukommt, daß auch dort, wo Rezipienten die Informationen, die sie über die Medien erhalten, ernsthaften Validitätsprüfungen unterziehen, ihre Kontrollfähigkeit sehr beschränkt bleibt. Die Informationen, die uns über die Medien erreichen, sind überwiegend - mit einem Begriff von John McManus (1992: 794) - "credence goods": Vertrauensware, deren Qualität sich vom Publikum im Unterschied zu fast allen anderen Gütern auch nach Gebrauch meistens nicht einschätzen läßt. Geht es um Nachrichten über den Golfkrieg, um Meldungen über die indische Pest, um Risikoeinschätzungen zu Fährschiffen und Genforschung, um Prognosen über die Konjunktur, dann werden wir alle zu Laien, und wir sind darauf angewiesen, den Akteuren öffentlicher Kommunikation zu vertrauen, wenn wir ihre Botschaft übernehmen wollen.

(2) Die Massenmedien arbeiten unter Markt- und Konkurrenzbedingungen, die offenkundig nur in geringem Maße geeignet sind, beim Publikum Vertrauen zu erwecken. Neuere Daten aus der European Value Study, in die 14 westeuropäische Länder einbezogen waren, bestätigen frühere Befunde: Unter den zehn Institutionen - von der Armee über das Parlament bis hin zu den Gewerkschaften -, über die von der Bevölkerung Einstellungen erfragt wurden, erfuhr die Presse nicht nur in Deutschland sondern in Westeuropa insgesamt das deutlich größte Ausmaß an Mißtrauen (Listhaug/Wiberg 1993, Tab.1). Die Gründe für diesen Sachverhalt, der die soziale Geltung von Öffentlichkeit insgesamt erheblich entwertet, sind nicht einwandfrei erforscht. Vermuten läßt sich folgendes. Der Tagesdruck journalistischer Arbeit und die ökonomischen Bedingungen der Redaktionen erlauben in der Regel nur oberflächliche Recherchen. Die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit eines Publikums, dem ständig eine gar nicht faßbare Zahl von Reizen kommuniziert wird, fördert, mit einem Hang zu "bad news", Übertreibungs- und Simplifizierungstendenzen, die der Seriosität der Nachrichtenvermittlung gewiß nicht zugute kommen. Wichtig wird auch sein, daß die Institutionalisierung von Kritik im und gegenüber dem Mediensystem kaum gelungen ist. Es fehlt ein funktionales Äquivalent für das Rezensionswesen von Wissenschaft und Kunst, mit dem sich die Medien selber dauerhaft kritisch beobachten würden. Die Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle (z.B. der

Deutsche Presserat; dazu zuletzt Eisermann 1993) bleiben harmlos; die Rundfunk- und Fernsehräte reagieren nur sporadisch, nämlich dann, wenn die gremienbeherrschenden Parteien ihre politischen Interessen verletzt sehen. Es gibt im Mediensystem einen Mangel an dauerhaft kontrollierender kompetenter und verbindlicher Kritik, und also geraten die Vorbehalte, die die Medien ständig auslösen, in ein diffuses Mißtrauen.

(3) Die Medienschelte, die sich daraus entwickelt und gerade wieder im "Bericht zur Lage des Fernsehens für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland" (Groebel et al. 1994) einen stattlichen Ausdruck gefunden hat, pflegt zu übersehen, daß die Medien zumindest in ihren Nachrichtenteilen nicht viel besser sein können, als die Quellen sind, die ihnen zur Verfügung stehen. Hinter den Medien operiert die Akteursgruppe von Sprechern, die sich in den letzten Jahren zunehmend zu einer öffentlichkeitsbedeutsamen Größe eigener Art professionalisiert hat. Unter dem Einfluß einer wachsenden Zahl von PR-Strategen hat sich im Vorfeld der Medien ein Ensemble von zum Teil heftig miteinander konkurrierenden Öffentlichkeitsakteuren entwickelt. Sie entwerfen ständig Bilder von Wirklichkeit, die über die Medien das Publikum erreichen - Minister und Parteiführer zu den politischen Fragen der Nation, Verbandsfunktionäre zu den Problemlagen ihrer Klientel, Verfassungsrichter, Kirchenfürsten, gelegentlich einige Intellektuelle zu dem, was Recht und Unrecht ist, manchmal auch Wissenschaftler, wenn es um technisch interessante Entdeckungen, spektakuläre Unfälle und publikumsrelevante Risiken geht.

In den letzten Jahrzehnten können wir nun beobachten, daß eine alles andere als repräsentative Unterklasse dieser Akteure die Arenen der Öffentlichkeit zwar nicht monopolisiert, aber doch zu dominieren beginnt. Es sind jene Akteure, die bei ihren Konkurrenzen um kollektive Aufmerksamkeit und Zustimmung die Medien brauchen, um sich beim Publikum Absatz und Wählerstimmen zu sichern: Parteien, Interessenverbände und Wirtschaftsunternehmen. Vor allem im Kommunikationsbereich der politischen Öffentlichkeit betreiben Volksvertreter, Funktionäre und Manager ein gegenüber den Medien ausgesprochen offensives "Ereignismanagement", dessen journalistische Verarbeitung sie überdies mit dem zunehmend professionalisierten Genre sogenannten "Pressemitteilungen" selber gleich mitbesorgen, dies mit dem Effekt, daß sie eine gute Chance besitzen, von den Medien dem Publikum weitergegeben zu werden (Baerns 1985). Und in der Tat belegen auch neuere Untersuchungen (zuletzt Schmitt-Beck/Pfetsch 1994, Tab. 9), in welch starkem Maße Regierungen und die herrschenden Parteien und Verbände die Bühnen der Öffentlichkeit besetzt haben. Deren Feststellungen, Erklärungen, Bewertungen und Folgerungen besitzen einen beachtlichen Einfluß auf die sich in der Öffentlichkeit vollziehende Produktion kollektiven Wissens über die Dinge dieser Welt. Dabei ist erkennbar, daß der Beruf dieser Akteure nicht gerade darin besteht, um die Richtigkeit ihrer Behauptungen und die Triftigkeit ihrer Begründungen und Folgerungen übermäßig besorgt zu sein. Ihre Konkurrenzen um sozialen Einfluß und politische Macht befördern Verlautbarungs- und Agitationsstile öffentlicher Kommunikation, die dem Habermas-

schen Muster von Diskursen sicher nicht entsprechen (Neidhardt 1994b: 20ff.; vgl. Sarcinelli 1983; Patterson 1993; Kepplinger 1994). Verständigungsversuche zwischen den Kombattanten finden eher hinter verschlossenen Türen statt. In der Öffentlichkeit kommt es darauf an, selber Recht zu haben und den anderen aus dem Feld zu schlagen. Unter diesen Bedingungen tendiert der eigene Beitrag zum Kommuniké, die Kritik am anderen zur Denunziation. Es ist sicher keine Ausnahme, was Rainer Mathes und Stefan Dahlem in ihrer Studie über "The Rental Law Conflict in the 1982-1983 Election Campaign in the Federal Republic of Germany" feststellten: "Our findings show that actors in conflict communication seldom refer directly to each other. In general, they argue on different levels and speak about different topics. Second, they deny to each other a communicative claim of validity. In particular, they cast doubt about the sincerity of the communication partner. Thus, our study shows that the concept of reception and comprehension as the aim of communication is obviously not very appropriate for the description of public communication" (Mathes/Dahlem 1989: 45).

Zu prüfen bleibt allerdings, ob das behutsam, aber pauschal formulierte Urteil von Mathes und Dahlem nicht übermäßig generalisiert erscheint. Es bezieht sich auf einen spezifischen Konflikt, der zu Wahlkampfzeiten vollständig in den Parteienstreit hineingezogen war. Zum Ensemble derer, die als Sprecher immer wieder öffentlich werden, gehören aber auch Akteure, deren kognitive Integrität strukturell weniger angefochten erscheint, als dies bei den Kombattanten des Parteien- und Verbändesystems offenkundig der Fall ist. Auf der Suche nach relativ unabhängigen "Dritten", die in die grassierenden Palaver weniger befangen eingreifen können, wäre zum Beispiel an die öffentliche Rolle des Bundespräsidenten zu denken, auch an die zunehmend wichtiger gewordenen Funktionen der Bundesgerichte. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang auch, daß die Medien nicht nur die Aufgabe wahrnehmen, Nachrichten zu vermitteln und dabei der "Chronistenpflicht" zu genügen haben, auch Unsinn zu verbreiten (sofern er denn als interessant und lehrreich erscheint). Sie erfüllen mit ihren Meinungsbeiträgen auch Kommentarfunktionen, mit denen sie Unsinn als Unsinn bezeichnen und kritisieren können. Wichtig ist im Hinblick darauf der Eindruck, daß mit dem Verschwinden der "Parteienpresse" und mit der Privatisierung der Telekommunikation der bias "redaktioneller Linien" zwar nicht verschwunden, die politische Unabhängigkeit der Medien aber deutlich gestiegen ist (Voltmer 1993). Insofern kommt der Figur der Kommentatoren in den Medien eine eigenständigere und einflußreichere Rolle zu, als die Medienforschung bislang wahrgenommen hat (vgl. Page/Shapiro/Dempsey 1987). Ich will darauf im folgenden nicht weiter eingehen, mich vielmehr etwas ausführlicher mit einer anderen Klasse von Akteuren befassen - jenen, die in den Medien als sogenannte Experten öffentlich werden. Mit ihnen stehen wir als Wissenschaftler selber auf dem Prüfstand, und es mag interessant sein zu sehen, wie wir dabei abschneiden.

Experten sind Leute, denen man unterstellt, daß sie von der Sache etwas verstehen, die auf die Agenda von Laien geraten ist. Sie gelten als Spezialisten der Fehlervermeidung, wenn es um empirische Sachverhalte und deren logische Bearbeitung geht. Ihr Kapital ist wissenschaftlich fundierte Expertise. Ihre Besonderheit besteht darin, daß sie diese Expertise auf praktische Fragen beziehen, mit denen der "common sense" nicht allein fertig wird. Zu fragen ist: Wann und wo spielen diese Experten in der öffentlichen Meinungsbildung eine Rolle? Wer sind sie, und wer macht sie öffentlich? Welche Erwartungen werden an sie gestellt? Welche Wirkungen lassen sich ihnen zurechnen? Ich werde diese Fragen beim vorliegenden Forschungsstand nur zum Teil beantworten können.

(1) Experten spielen in öffentlichen Kontexten in einem insgesamt wahrscheinlich zunehmenden, aber stark variierendem Ausmaß eine Rolle (Rip 1985). Im normalen Nachrichten- und Meinungsgeschehen tauchen sie in der Regel nicht auf. Man fragt nach ihnen, wenn für den "common sense" Rätsel zusammen mit dem Bedürfnis aufkommen, diese Rätsel auch zu lösen. Das ist bei unerklärlichen und gleichzeitig Angst machenden Unfällen und Katastrophen der Fall, bei der Furcht vor bedrohlich erscheinenden Risiken, bei ungelösten, aber für lösbar gehaltenen Konflikten. Der öffentliche Rekurs auf wissenschaftliche Experten vollzieht sich dann aber auch in einem disziplinspezifisch ungleichen Ausmaß. Ich habe nicht nachgezählt, würde aber schätzen, daß Mediziner, Natur- und Technikwissenschaftler vergleichsweise häufig nachgefragt werden, neuerdings auch Demoskopen, in Deutschland immer wieder Juristen. Interessanterweise haben sich Ökonomen einen regelmäßig beanspruchten Expertenstatus gesichert; dies im Unterschied zu Sozialwissenschaftlern, die nur gelegentlich, z.B. bei den Drogendebatten (Weßler 1993) und den noch laufenden Gewaltdiskussionen, etwas sichtbarer geworden sind.

(2) Die Rekrutierung der Experten vollzieht sich vor allem durch Zuschreibung von Expertenstatus durch Journalisten. Die Wissenschaften beeinflussen diese Kooptation nur wenig; es sei denn, daß sie wie im Falle der Kern- und Genforschung selber kontrovers werden und aus der Defensive Public-Relations-Interessen entwickeln. Die in der Regel geringe Disziplinenkontrolle bei der Expertenbestellung bedeutet, daß Expertenstatus und fachliche Kompetenz im Durchschnitt nur mäßig korrelieren. Dies dürfte neben allem sonstigen auch damit zusammenhängen, daß in den Redaktionen Wissenschaftsjournalisten nicht nur wenig vertreten sondern, wenn vertreten, einen unterdurchschnittlichen Status besitzen (Gerwin 1992; Neidhardt 1994a: 52), die Expertenrekrutierung mit ihrem Sachverstand also nur wenig beeinflussen. In diesem Sinne fand Gordon Shepherd, als er die Verwendung wissenschaftlicher Kompetenz in der amerikanischen Berichterstattung über die Marihuana-Kontroverse untersuchte: "Over two thirds (69 percent) of those represented by the press as science authorities on marijuana had no citations to any work on marijuana published in science journals...; the great majority had, in fact, never done any research on marijuana at all" (Shepherd 1981: 134). Überrepräsentiert fand Shepherd einerseits Wissenschaftler aus Behörden, andererseits prominente Wissen-

schaftler, die eine hohe allgemeine Reputation, allerdings keine spezielle Expertise besaßen, und zu der kleinen Gruppe der "Visible Scientists" (Goodells 1977) gehörten, zum Beispiel Nobelpreisträger. Griffen Journalisten in diesem Falle zum Teil gewissermaßen zu hoch, so tendieren sie unter anderen Umständen häufig zur Bestellung fachlich unterqualifizierter Experten, nämlich dann, wenn sich wissenschaftliche Problemstellungen mit hochpolitisierten Konflikten verbinden. In dieser Lage führen einerseits das journalistische Ausgewogenheitsprinzip, andererseits die journalistische Vorliebe für personalisierte Konfliktszenierungen zu Ernennung und Gebrauch von Gegenexperten auch dann, wenn deren Expertise sehr fraglich ist (Kepplinger et al. 1971: 17).

(3) Die Schöpfung von Gegenexperten stellt allerdings auch den Versuch dar, die Befangenheit von Wissenschaftlern in den Fällen auszubalancieren, in denen es um Konflikte geht, die das Eigeninteresse dieser Wissenschaftler materiell berühren. Die Integrität der Experten wird immer dann zweifelhaft, wenn Bestand und Zukunft der Forschung betroffen sind, an deren Projekten und Einrichtungen sie selber arbeiten, also in den Fällen öffentlich ausgetragener wissenschaftlich-technischer Kontroversen, die uns zum Beispiel und vor allem rund um Kern- und Genforschung bekannt sind. In diesen Fällen, in denen die Experten ihre eigenen Interessenvertreter darstellen, aber auch in den Fällen, in denen die vorhandene Expertise von den jeweils streitenden Parteien vereinnahmt erscheint und sich dann im Schlagabtausch selber paralyisiert, kommt es zu einer Konfundierung von Experten- und Advokatenrollen, die weder der Qualität der Aufklärung und Beratung noch dem öffentlichen Ansehen der beteiligten Wissenschaften gut tun (Peters 1994: 165ff.).

(4) Die das Publikum verwirrenden Expertenstreitigkeiten hängen in der Regel weniger mit den immer auch strittigen Wahrheitsfragen der Wissenschaft als damit zusammen, was deren Entscheidung praktisch bedeutet. Helga Nowotny fand zum Beispiel bei ihren interessanten Untersuchungen über die Kernenergiedebatte der siebziger Jahre, daß "widersprüchliche wissenschaftliche Ergebnisse als Gründe für die Auseinandersetzung nur eine untergeordnete Bedeutung" besaßen (Nowotny 1979: 122f.). Mehr noch: Man darf annehmen, daß der öffentliche Streit der Experten direkt oder über Umwege sogar zur Klärung wissenschaftlicher Fragen führen kann und insoweit auch zur Aufklärung des Publikums durchaus beiträgt. Das Dilemma der Experten ergibt sich bei ihren öffentlichen Engagements aus einem Überschuß an Erwartungen, welche die Wissenschaften prinzipiell überfordern. "Deus-ex-machina"-Wünsche verwirrter Akteure und Zuschauer beanspruchen vom Experten nicht nur Aussagen darüber, was im Hinblick auf empirische Fragen unter bestimmten Bedingungen richtig und falsch ist, sondern vor allem die Festlegung dessen, was denn zu tun sei - und dies möglichst ohne Kautelen und bei Meidung des Konjunktivs. Jeder Wissenschaftler, der solchen Erwartungen nicht widersteht, gerät sehr schnell an die Grenze zur Scharlatanerie.

(5) Es ist nun erstaunlich zu sehen, daß alle Expertenprobleme, die hier angesprochen wurden: die Erkenntnisschwächen der Wissenschaften selber, irritierende Expertenstreitigkeiten, Fehlgriiffe bei der Auswahl der Experten, deren Befangenheiten und Kompetenzüberschreitungen - daß all dieses offenkundig weder zum Verschwinden der Nachfrage nach Experten noch zum Zusammenbruch ihrer öffentlichen Reputation geführt hat. Was Heinz und Marianne Hartmann 1982 im Blick sowohl auf den selbstdestruktiven Eifer relativistischer Wissenschaftskritik als auch auf die politischen Angriffe auf die Geltung professionalisierter Wissenschaften im Gefolge Ivan Illichs vom "Elend der Experten" reden ließ, hat deren Status nicht erschüttert. Zwar gibt es im Publikum - Georg Ruhrmann (1992: 186) hat dies kürzlich am Beispiel der Genforscher belegt - Ambivalenzen im Hinblick auf die Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit wissenschaftlicher Experten, gleichzeitig aber eine Zuschreibung von Glaubwürdigkeit, welche das Ausmaß an Vertrauen gegenüber anderen Akteuren (z.B. der Industrie) deutlich übertrifft. Dies entspricht im übrigen den Spitzenstellungen, die Wissenschaftlern und wissenschaftsnahen Professionen in Umfragen zu Prestigeverteilungen von der Bevölkerung zugewiesen erhalten (siehe z.B. Wegener 1985: 232ff.). Sehr interessant sind im übrigen Befunde, die Benjamin Page, Robert Shapiro und Glenn Dempsey in aufwendigen amerikanischen Untersuchungen über medienvermittelte Einflüsse auf die Veränderung von Bevölkerungseinstellungen fanden. Sie fanden, daß Medieneinflüsse signifikant davon abhängen, welche Sprecher die Medien zu Wort kommen lassen. Als für das Publikum einflußreichste Sprechergruppen ermittelten sie einerseits Kommentatoren, andererseits aber auch Experten: "experts' have quite a substantial impact on public opinion", und die Autoren führen dies vor allem zurück auf "a high level of credibility, which we believe as crucial to their influence on the public" (Page et al. 1987: 35,38).

Ich will an dieser Stelle meine Analyse abbrechen und einige Folgerungen ziehen, die das Expertenthema auf den Zusammenhang allgemeinerer Öffentlichkeitsprobleme rückbezieht. Die zentralen Probleme öffentlicher Meinungsbildung ergeben sich aus dem Umstand, daß die Offenheit von Öffentlichkeit zwar dafür sorgt, daß zu diesem und jenem alles mögliche, was gedacht wird, auch geschrieben und gesagt werden kann und insofern eine relativ hohe Transparenz über das Denkbare mit all seinen Herausforderungen und Irritationen entstehen kann, gleichzeitig die Möglichkeiten kollektiver Lernprozesse aber dadurch eingeschränkt werden, daß die Willkür von Behauptungen und die Beliebigkeit der Folgerungen angesichts relativ schwacher Institutionalisierung kompetenter Kritik nur wenig kontrolliert und diszipliniert werden. Im Hinblick darauf sind die Funktionen unverzichtbar, die Experten und mit ihnen die Wissenschaft auch für den öffentlichen Diskurs leisten können. Dabei geht es - ich will das noch einmal betonen - nicht um den Anspruch, Interessenkonkurrenzen aufheben und Wertekonflikte lösen zu können, wohl aber um die Möglichkeit, den legitimen Streit von vermeidbaren Fehlern zu befreien und ihn insoweit vernünftiger zu machen. Das vergleichsweise starke Vertrauen, das die Wissenschaft und ihre Experten im Publikum besitzen, gibt ihnen auch die

Chance, in diesem Sinne wirksam zu werden. Das setzt neben allem sonstigen allerdings voraus, was keineswegs sicher und durchweg üblich ist: daß zwischen den Experten und in den Wissenschaften selber die Praxis kompetenter Kritik für zuverlässige Selbstkontrolle sorgt. Es bereitet mir Vergnügen, daß ich dies zum Jubiläum einer Wissenschaftseinrichtung sagen kann, die für die Selbstkontrolle einiger akademischer Disziplinen, nämlich der Sozialwissenschaften, ausgezeichnete Arbeit geleistet hat und sicher weiter leisten wird.

Literatur

- Baerns, B., 1985: Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Eisermann, J., 1993: Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten. Discussion Paper FS III 93-102. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Gerwin, R., (Hg.) 1992: Die Medien zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Stuttgart: Hirzel.
- Goodell, R., 1977: The visible scientists. Boston/Toronto: Little Brown.
- Groebel, J., et al., 1994: Bericht zur Lage des Fernsehens für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Mskr.
- Hartmann, H./M. Hartmann, 1982: Vom Elend der Experten. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34: 193-223.
- Kahane, H., 1971: Logic and contemporary rhetoric. The use of reason in everyday life. Belmont, Calif.: Wadsworth.
- Kepplinger, H. M., 1994: Publizistische Konflikte. S. 214-233 in: F. Neidhardt (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kepplinger, H. M./S. Ehmig/C. Ahlheim, 1991: Gentechnik im Widerstreit. Frankfurt a.M.: Campus.
- Listhaug O./M. Wiberg, 1993: Confidence in political and private institutions. Paper for presentation at the Meeting of the ESF-Project "Beliefs in Government". Budapest: The Central European University.
- Mathes, R./S. Dahlem, 1989: Campaign issues in political strategies: The rental law conflict in the 1982-1983 election campaign in the Federal Republic of Germany. Political Communication and Persuasion 6: 35-48.
- Mazur, A., 1981: The dynamics of technical controversy. Washington D.C.: Communications Press.
- McManus, J., 1992: What kind of commodity is news? Communication Research 19: 787-805.

Merton, R. K., 1972: Wissenschaft und demokratische Sozialstruktur. S. 45-59 in: Peter Weingart (Hg.), *Wissenschaftssoziologie I: Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß*. Frankfurt a.M.: Athenäum.

Neidhardt, F., 1994a: Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsprobleme der Wissenschaft. S. 39-56 in: W. Zapf/M. Dierkes (Hg.), *Institutionenvergleich und Institutionendynamik*. WZB-Jahrbuch 1994. Berlin: sigma.

Neidhardt, F., 1994b: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. S. 7-41 in: F. Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung*. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Nowotny, H., 1979: Kernenergie. Gefahr oder Notwendigkeit? *Anatomie eines Konflikts*. Frankfurt a. M.

Page, B. I./R. Y. Shapiro/G. R. Dempsey, 1987: What moves public opinion? *American Political Science Review* 81: 23-43.

Patterson, T. E., 1993: *Out of order*. New York: Knopf.

Peltu, M., 1985: The role of communications media. S. 128-148 in: H. Otway/M. Peltu (Hg.), *Regulating industrial risks. Science, hazards and public protection*. London: Butterworths.

Peters, H. P., 1994: Wissenschaftliche Experten in der öffentlichen Kommunikation über Technik, Umwelt und Risiken. S. 162-190 in: F. Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Rip, A., 1985: Experts in public arenas. S. 94-110 in: H. Otway/M. Peltu (Hg.), *Regulating industrial risks. Science, hazards and public protection*. London: Butterworths.

Ruhrmann, G., 1992: Genetic engineering in the press: a review of research and results of a content analysis. S. 169-199 in: J. Durant (Hg.), *Biotechnology in public. A review of recent research*. London: Science Museum.

Sarcinelli, U., 1983: *Symbolische Politik im Wahlkampf*. Koblenz.

Schmitt-Beck, R./B. Pfetsch, 1994: Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. S. 106-138 in: F. Neidhardt (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Shepherd, G. R., 1981: Selectivity of sources: Reporting the marijuana controversy. *Journal of Communication* 31: 95-106.

Voltmer, K., 1992: *Masse media: Political independence of press and broadcasting systems*. Discussion Paper FS III 93-205. Berlin: Wissenschaftszentrum WZB.

Wegener, B., 1985: Gibt es Sozialprestige? *Zeitschrift für Soziologie* 14: 209-235.

Weßler, H., 1993: *Die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in den Massenmedien. Das Beispiel der drogenpolitischen Legalisierungsdebatte*. Magisterarbeit, FU Berlin: Fachbereich Kommunikationswissenschaften.